

Beratungsergebnis zu Vorlage Nr. 80/022/2013/1

Kreisausschuss am 01.07.2013

Zu Punkt 16: Appell "Jugend braucht Zukunft" hier: Antrag der Fraktion DIE LINKE. vom 23.04.2013

Landrat Hendele weist darauf hin, dass der Antrag bereits in der Sitzung des Ausschusses für Wirtschaftsförderung und Tourismus beraten und mehrheitlich abgelehnt wurde. Die Fraktion DIE LINKE. habe den Antrag für den Kreisausschuss jedoch aufrecht erhalten.

KA Küchler erläutert den Antrag ihrer Fraktion. Es herrsche ein Mangel an betrieblichen Ausbildungsplätzen. Nur 60 % der Bewerber würden eine Lehrstelle finden. Alternative Übergangssysteme seien ineffizient und teuer. Da im Zweifel die öffentliche Hand somit auch finanziell einspringen müsse, könne der Einwand, politische Gremien sollten sich nicht in Angelegenheiten von Unternehmen einmischen, nicht stehen bleiben. Zudem handele es sich lediglich um einen Appell.

Aufgrund der Diskussion im Fachausschuss beantragt sie, den Beschlussvorschlag wie folgt abzuändern:

Der Kreistag unterstützt den Appell „Jugend braucht Zukunft“.

Der Kreistag appelliert an die kreisansässigen Unternehmen, mehr Ausbildungsplätze zur Verfügung zu stellen und jungen Menschen Perspektiven zu eröffnen.

Der Kreistag unterstützt ausdrücklich die stetigen Bemühungen des Landrats, der sich bei den kreisansässigen Unternehmen dafür einsetzt,

- *dass innerhalb des Kreises ausreichend Ausbildungsplätze zur Verfügung gestellt werden, so dass alle Schulabgänger versorgt werden.*
- *dass Unternehmen welche nicht ausbilden, dieses durch eine Ausbildungsplatzabgabe kompensieren.*
- *dass Lehrlinge nach erfolgreicher Ausbildung in den Arbeitsmarkt integriert und übernommen werden.*

KA Völker erklärt, dass seine Fraktion den Beschlussvorschlag ablehnt.

KA Horzella bezweifelt den Erfolg von Appellen und stellt fest, dass ein Großteil der Unternehmen sich ihrer Ausbildungsverantwortung bereits stellt.

KA Wedel bewertet den Antrag als einseitig und gibt zu bedenken, dass es durchaus auch zahlreiche Fälle gibt, in denen Unternehmen keine Auszubildenden finden. Man brauche einen Ausgleich zwischen qualifizierten Bewerbern und einer ausreichenden Zahl Ausbildungsplätze.

Die Bitte an die Unternehmen, sich der Verpflichtung zur Ausbildung zu stellen, hält KA Krick für richtig, glaubt jedoch nicht, dass ein Appell der richtige Weg ist. Dass der Landrat in unmittelbaren Gesprächen mit den Unternehmen auf das Thema hinwirkt, sei ebenfalls richtig.

KA Ruppert vertritt die Auffassung, dass es zahlreiche wirkungsvollere Maßnahmen gebe, wie z.B. die Lernpartnerschaften zwischen Unternehmen und Schulen im Rahmen des Kooperationsnetzes Schule – Wirtschaft.

KA Köster-Flashar hält den eingeschlagenen Weg der Implementierung eines neuen Übergangssystems Schule – Beruf und die Einrichtung eines Kreisintegrationszentrums für den richtigen Weg.

Landrat Hendele stellt fest, dass ein Appell keine Wirkung entfalten wird und Erfolge in diesem Bereich auf anderem Weg erzielt werden. Dem im Kreis Mettmann zu verzeichnenden deutlichen Rückgang an Ausbildungsplätzen müsse man noch auf den Grund gehen. Er wird prüfen, wo genau die Plätze weggefallen sind und wird anschließend versuchen, gezielt Gegenmaßnahmen zu ergreifen.

Nach abschließender Diskussion erfolgt die Abstimmung über folgenden

Beschluss:

Der Kreistag unterstützt den Appell „Jugend braucht Zukunft“.

Der Kreistag appelliert an die kreisansässigen Unternehmen, mehr Ausbildungsplätze zur Verfügung zu stellen und jungen Menschen Perspektiven zu eröffnen.

Der Kreistag unterstützt ausdrücklich die stetigen Bemühungen des Landrats, der sich bei den kreisansässigen Unternehmen dafür einsetzt,

- dass innerhalb des Kreises ausreichend Ausbildungsplätze zur Verfügung gestellt werden, so dass alle Schulabgänger versorgt werden.
- dass Unternehmen welche nicht ausbilden, dieses durch eine Ausbildungsplatzabgabe kompensieren.
- dass Lehrlinge nach erfolgreicher Ausbildung in den Arbeitsmarkt integriert und übernommen werden.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich abgelehnt

6 Nein-Stimmen CDU-Fraktion
3 Nein-Stimmen SPD-Fraktion
2 Enthaltungen Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
2 Nein-Stimmen FDP-Fraktion
1 Nein-Stimme Fraktion UWG-ME
1 Ja-Stimme Fraktion DIE LINKE.
1 Nein-Stimme Landrat Hendele

Das Ergebnis der Beratungen aus der Sitzung des Ausschusses für Wirtschaftsförderung und Tourismus vom 13.05.2013 finden Sie zur Ursprungsvorlage 80/022/2013.